



LUPE

Zeitung
für Jugendliche



SZ-Zeichnung: Marie Marcks

Nr. 3/1977

Juli/August

- Terroristen
- Schulstrafen
- Berufsausbildung

Inhalt

Schule	
Schulstrafen	3
Leistungsdruck in der gymnasialen Oberstufe	6
Terrorismus	
Reaktionen auf den Buback-Mord	5
Terroristenabwehr	14
Extremisten ?	
Zusammenarbeit mit Kommunisten	11
Kultur	
Musisches	9
Sexualethik	
Aufklärung	17
Reihe	
Die berufliche Erstausbildung	7
Rubriken	
Euer Wylly: Arnsberger Jugendzentrum	13
Fundsache	8
Impressum	2

Die nächste LUPE erscheint Anfang September. Redaktions-schluß für Heft 4/1977 ist der 19. Aug. 1977.

Editorial

Lieber Leser,
der Seiten nicht so ganz. Zu unserer Entlastung aber können wir sagen, daß es sich ausschließlich um Fehler der Druckerei handelte.
Wir hoffen, daß das vorliegende Heft von derartigen Mängeln frei ist.
Die Redaktion

dieser Ausgabe der LUPE wollen wir zunächst eine Entschuldigung für die letzte Ausgabe, Heft 2/1977, voranstellen. Wie viele sicherlich gemerkt haben werden, trug der Titel der Ausgabe die Nummer 4. Auch stimmte es mit der Numerierung

LUPE Zeitung für Jugendliche
Herausgeber:
Liberales Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten, Kreisverband Hochsauerland
CHEFREDAKTEUR
Jürgen Klein
Am Sonnenufer 7, 5760 Arnsberg 1.
STELLV. des CHEFREDAKTEURS
Martin Kunert
REDAKTEURE
Thomas Jarck, Horst Kloppsteck,
Meinolf Loewe, Karsten Meinhardt,
Hans-Peter Schulte
LUPE erscheint vierteljährlich, kostenlos
Copyright für den gesamten Inhalt, soweit nicht anders vermerkt, by LUPE-Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Druck: Budich-Druck, Bünde
Auflage: 3.000

Schulstrafen (II.)

ORDNUNGSMASSNAHMEN UND SCHULSTRAFEN GEGENÜBER SCHÜLERN

Bezug: Rundverfügung vom 16. März 1961 - 6/III 5 - 1/1¹⁾

Aus der Rundverfügung des Schulkollegiums beim Regierungspräsidenten in Münster vom 24.1.1975 - 35 A/19.5 - 1/1²⁾

Das oberverwaltungsgericht Münster hat in einem Einzelfall mit Beschluß v. 2.10.74 - V B 922/24 - rechtskräftig entschieden, daß die Schulstrafe der Verweisung mangels entsprechender gesetzlicher Rechtsgrundlage und wegen der Unklarheit über ihre genaue Tragweite z. Zt. rechtswirksam nicht verhängt werden kann. In diesem Beschluß deutet es zugleich an, daß die Schulstrafe der Entlassung angesichts der vorhandenen Klarheit über ihre genauen Auswirkungen bis auf weiteres ihre Rechtsgrundlage im Gewohnheitsrecht finden könne.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat durch Urteil vom 29.11.74 - 1 K 2225/73 - in einem Einzelfall den Beschluß einer Gesamtkonferenz, mit dem ein Schüler von der Schule entlassen worden war, aufgehoben. Das Gericht hat in der mündlichen Urteilsbegründung die Auffassung vertreten, daß eine Schulstrafe von dieser Tragweite nicht auf einen Erlaß des Kultusministers gestützt werden könne, sondern eine gesetzliche Regelung voraussetze. Abweichend hiervon hat das Bundesverwaltungsgericht in dem Beschluß vom 9.11.1973 - VII B 62.73 - zwar ebenfalls eine gesetzliche Regelung fordert, jedoch ausdrücklich die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz gebilligt, daß in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und an frühere Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts entschieden hatte, aus Gründen der Rechtssicherheit und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Lehranstalten sei es unrläßlich, für eine Übergangszeit noch auf eine rechtsförmliche Ausgestaltung des schulischen Disziplinar- und Ordnungsrechts zu verzichten.

Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts in Düsseldorf ist inzwischen Berufung eingelegt worden. Bis zu einer Neuregelung des Disziplinar- und Schulordnungsrechts bitten wir zunächst nach den bisherigen Vorschriften zu verfahren.

Dabei ist folgendes zu beachten:

(1) Als förmliche Schulstrafe kommt nach den bisherigen Vorschriften bei schulpflichtigen Schülern der Ausschluß vom Schulbesuch in Betracht.

Der Ausschluß vom Schulbesuch ist gesetzlich geregelt. § 15 des Gesetzes über die Schulpflicht im Lande Nordrhein-Westfalen (Schulpflichtgesetz - SchPflG) vom 14. Juni 1966 bestimmt:....

KÖRPERLICHE ZÜCHTIGUNG IN SCHULEN

Runderlaß des Kultusministers vom 22.6.1971 - II A 6.36 - 80/0 Nr.2716/71

Körperliche Züchtigung wird in allen Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen untersagt.

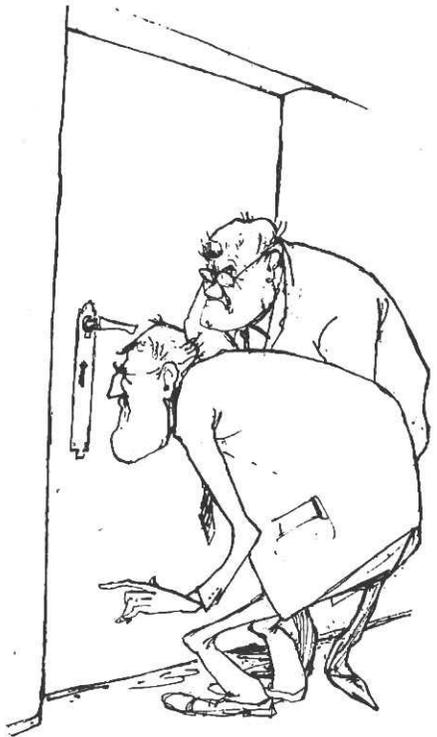
Das Recht des Lehrers auf Notwehr und Notstand (§§ 53, 54 StGB)¹⁾ bleibt unberührt.

„STRAFARBEITEN“

Bescheid des Schulkollegiums beim Regierungspräsidenten in Münster vom 2.7.1974 - 35A/06. 0 - 2/1 - 9

Die Ahndung von begangenen Schulordnungswidrigkeiten mit Hausaufgaben ("Strafarbeiten") ist unzulässig. Dies ergibt sich eindeutig aus unserer Rundverfügung v. 16.3.1961 - 6/III - 5 - 1/1 betr. "Maßnahmen der Schule gegenüber Schülern", in welcher die zulässigen Disziplinarmaßnahmen aufgeführt sind;

"Strafarbeiten" sind dort nicht als zulässige Disziplinarmaßnahmen enthalten. Außerdem ergibt sich das Verbot von Strafarbeiten aus Nr. 1.4 des Erlasses v. 2.3.1974 betr. "Hausaufgaben für die Klassen 1 bis 10 aller Schulformen" (GABI. S. 249): "Hausaufgaben, die ... der Disziplinierung dienen, sind nicht zulässig."



Zum Teufel mit dem Bengel, erschneit was gegen uns!

(Fortsetzung folgt)
Teil 1 "Schulstrafen"
erschien in LISA 1/77

Wer Augen hat, zu sehen und Ohren hat, zu hören ...

Pressestimmen nach dem Buback-Mord

DIE WELT

Es ist noch nicht lange her, da lag ein Gesetzentwurf, die Überwachung von Gesprächen konspirativer Anwälte mit ihren inhaftierten Mandanten betreffend, dem Bundestag vor. Der Bundesjustizminister Vogel selbst hielt diesen Gedanken für richtig - zunächst. Der Entwurf scheiterte an der Entschlossenheit

Heute, wo jeder weiß, daß er ungestraft seine Meinung sagen oder auch schimpfen kann, daß ihm bei Demonstrationen ein hohes Maß an Gewalt und öffentlicher Unordnung ungestraft durchgeht, heute ist es eine völlig natürliche und, im Gegenteil, als Ausdruck des Vertrauens zu seinem Staat begrüßenswerte Haltung, wenn der Durchschnittsbürger den Standpunkt

staatliche Tarnkappe aufgesetzt hat.

(...)
Es ist deshalb dieser Rechtsstaat, der sich zu wehren hat - mit allen Mitteln, die ihm nach seiner Verfassung und seinen Gesetzen zur Verfügung stehen.

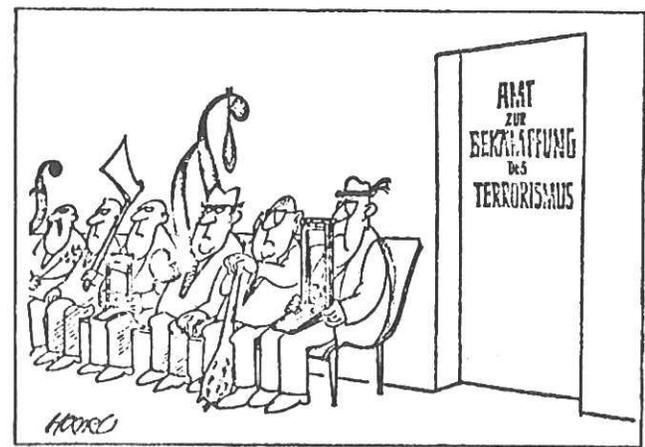
Die Bluttat in Karlsruhe aber wird nun wieder bewirken, was die Todfeinde unserer rechtsstaatlichen Einrichtungen eben erreichen wollen, den lauten Ruf mancher Politiker und vieler Bürger nach einem übermächtigen Staat, nach einem Staat, der das Recht hätte, sein eigenes Recht zu beugen und seine Verfassungsvorschriften und -gesetze zu mißachten.

Wieder wird jetzt böser Hohn über alle jene ausgeschüttet werden, die sich durch kein Ereignis in der Überzeugung irremachen lassen, daß ein freiheitlicher Rechtsstaat nicht die Freiheit seiner Bürger Stück um Stück außer Kraft setzen kann, um eben diese zu bewahren.

Werner Holzer

Frankfurter Allgemeine

Der von parteipolitischen Interessen mitbestimmte Disput darüber ist schon wieder in vollem Gange, ob der Staat sich



Patentlösungen

Kölnr Stadt-Anzeiger

gewisser Demokraten, die liberale Errungenschaft des nicht abgehörten Anwaltsverkehrs höher einzustufen als die Sicherheit des Staates und seiner Bürger.

(...)
Es ist vielmehr so, daß niemand im Lande noch Furcht vor dem Zugehörtwerden hat. Dergleichen gab es in Zeiten des Obrigkeitsstaates.

einnimmt: "Die können ruhig hören, was ich sage."
E. v. Loewenstern

Frankfurter Rundschau

Ihr ebenso gnadenlos wie fanatisch verfolgte Ziel ist es, durch ihre eigenen Aktionen diesen Staat erst zu dem zu machen, als das sie ihn entlarven wollen: zu einem Polizeistaat, der sich eine rechts-

nun, auch in seiner gesetzlichen Ausstattung, besser rüsten müsse gegen die Pest des Terrorismus oder ob er nicht eher noch freiheitlicher werden müsse, um den Terroristen die Argumente für ihr schändliches Tun zu entrücken - bis sie es eines Tages aufgeben, einsichtig werden, bereuen?

(...)

Die Vision von dem Staat, der immer freiheitlicher wird, mit dem Ende, daß die Terroristen schließlich schluchzend von ihrem bösen Tun ablassen, eine Gefängnisstrafe auf sich nehmen und als Sozialarbeiter systemimmanent an der gesellschaftlichen Erneuerung arbeiten, ist kindlich. Also Härte? Gewiß wird mit einer Stärkung von Strafordrohungen der Terrorismus nicht aus der

Welt geschafft. Aber er wird dadurch ein Stück weiter isoliert.

Fr. Karl Fromme

Süddeutsche Zeitung

In der Flut der Reaktionen auf den Mord von Karlsruhe spiegeln sich Abscheu, Empörung und Trauer. Die allgemeine Einschätzung, der Mord sei ein Anschlag auf den Rechtsstaat, auf die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik, ist richtig. Die Herausforderung trifft alle. Um so peinlicher wirkt es, wenn Übereifrige links und rechts selbst in dieser Situation nichts anderes wissen, als auch noch daraus Propaganda zu machen. Da klagt einer, er fürchte, daß der Mord "für die konservativ-reaktionären Kräfte

in der Bundesrepublik den willkommenen Anlaß" darstellen werde, "durch Vermengung von Terrorismus und systemkritischer Politik weitere Einschränkungen um Grund- und Freiheitsrechte vorzunehmen". Und ein anderer beschuldigt weite Teile der Bonner Regierungsparteien, sie hätten sich in einer penetranten Anbiederung an radikale Elemente gefallen, die nun mit dieser blutigen Demonstration eine Quittung erhalten habe. Noch sind solche Stimmen die Ausnahme. Blieben sie es nicht, wäre die unerläßliche Geschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus ein hoffnungsloses Unterfangen.

Hans Reiser

Leistungsdruck ohne Ende

NRW - Kultusminister plant neue Vorschriften für die gymnasiale Oberstufe

Als vor einigen Jahren die Oberstufenreform an den Gymnasien des Landes eingeführt wurde, wollte man den Schülern damit die Möglichkeit geben, ihren Neigungen entsprechende Unterrichtsfächer wählen zu können. Doch die damit verbundenen Hoffnungen vieler Schüler wurden alsbald enttäuscht.

Das System wurde sehr schnell so verändert, daß dem Schüler nur noch ganz bestimmte Wahlkombinationen

übrig blieben - bestimmte Fachbereiche müssen abgedeckt, Bedingungen durch die Wahl erfüllt werden. Abenteurliche Voransplanungen mußten für die Schullaufbahn jedes Schülers aufgestellt werden. Von dem ursprünglichen Gedanken der Reform blieb nur noch die Verwaltungsarbeit übrig.

Jedoch einen Vorteil der Reform gibt es noch, doch steht zu befürchten, daß es ihn bald nur noch gegeben

haben wird. Mußte der Schüler im alten System in allen sogenannten Hauptfächern (Deutsch, Englisch, Mathematik, usw.) schriftliche Arbeiten liefern, so ist dies nach der Reform nur noch in den von jedem Schüler gewählten beiden Leistungskursen und in zwei weiteren Grundkursen erforderlich.

Doch damit ist es nach den Plänen des Kultusministers in Düsseldorf bald vorbei. Natürlich nicht mit dem Schreiben

der Arbeiten, sondern mit der Beschränkung auf nur vier Fächer.

Nach den neuen Vorschriften soll es den Lehrkräften in jedem Kurs (Sport natürlich ausgenommen) möglich gemacht werden, den Schülern sogenannte

Tests in schriftlicher Form abzuverlangen.

Eine Steigerung des Leistungsdrucks also? Ein verfeinertes Selektionsverfahren, daß die Hochschulen entlasten soll? Auf jeden Fall eine unerträgliche Vorstellung!

Man muß zu dem Schluß gelangen, daß die Verfasser derartiger Pläne im Kultusministerium schon lange keine Schule mehr von innen - sofern überhaupt - gesehen haben.

Martin Kunert

Die berufliche Erstausbildung -

Probleme und Wege ihrer Lösung

Eine Reihe von Hans-Peter Schulte

III. Teil

Die ersten beiden Teile dieser Reihe waren der Darstellung der an der Berufsausbildung interessierten Gruppen gewidmet. Im dritten Teil sollen die

Anforderungen der Gruppen an das Berufsbildungssystem, die sich aus ihren Interessen ableiten lassen vorgestellt werden.

Aus den verschiedenen Interessen der einzelnen Gruppen lassen sich, auch wenn dieses problematisch ist, grundsätzliche Forderungen an das Bildungssystem, welches ja eine den Interessen der Gruppen entsprechende Ausbildung vermitteln sollte, ableiten.

Bevor nun das gegenwärtige Berufsbildungssystem, wie es heute besteht, erläutert wird und im Anschluß daran die Vorstellungen der einzelnen Gruppen zu einer möglichen Änderung dieses Berufsbildungssystems dargestellt werden, sollen aus den jeweiligen Interessen einige Anforderungen abgeleitet werden.

Drei Anforderungen an die berufliche Erstausbildung lassen sich für alle Gruppen gemeinsam feststellen:

- Erreichung einer beruflichen Qualifikation,

- Erreichung einer Gleichwertigkeit der Berufsausbildung gegenüber allgemeinen Bildungsabschlüssen (z. B. "mittlere Reife", Abitur),
- Erreichung einer beruflichen Mobilität durch die berufliche Erstausbildung.

Eine vierte Anforderung an die berufliche Erstausbildung wird nur von den Auszubildenden beziehungsweise den Gewerkschaften und der Regierung aufgestellt, und zwar

- Allgemeinbildung innerhalb der beruflichen Erstausbildung.

Bei einer Umfrage unter Berufsschülern kritisierten diese

- zu wenig praktische Ausbildung (80 Prozent der Schüler),
- zu wenig theoretische Ausbildung (68 Prozent der Schüler),
- zu wenig allgemein-

bildende Fächer (74 Prozent der Schüler).

Weiterhin wurden die pädagogischen Fähigkeiten des Lehrpersonals bemängelt und der Wunsch nach einem größeren Fächerangebot und nach stärkerer Betreuung und Beratung geäußert.

Die Anforderungen der Gewerkschaften an die berufliche Erstausbildung sind fast identisch. Es sind dies

- bessere und breitere fachliche Ausbildung (Vermittlung von polyvalenten Lerninhalten, d. h. mehrfach verwendbare Lerninhalte),
- mehr Allgemeinbildung.

Die Arbeitgeberseite legt mehr Wert auf die Vermittlung einer fachspezifischen Qualifikation (engere Fachausbildung), außerdem soll das Berufsbildungssystem dem Auszubildenden eine bessere "Sozialisationsfähigkeit" vermitteln,

d. h. besseres Anpassen an bestehende Gruppen und deren Ordnung.
 Ebenso soll der Auszubildende zu einem lernfähigen, also zu einem beziehungsweise Neuerungen einstellenden Arbeitnehmer in der beruflichen Erstausbildung ausgebildet werden.
 Man darf auch nicht verkennen, daß ein Teil der Unternehmen große Anstrengungen zur Spezialausbildung ihrer Auszubildenden und späteren Arbeitnehmer machen.

Der Staat fordert von der beruflichen Erstausbildung beziehungsweise vom Berufsbildungssystem, daß es

- den einzelnen befähigt, sein per-

- die berufliche Flexibilität sichert,
- bessere soziale Chancen sichert,
- den Leistungsanforderungen der Industriegesellschaft gerecht wird (berufliche Qualifikation),
- die Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildung verwirklicht.

Der Leser mag sich jetzt fragen, wo denn die gravierenden Unterschiede liegen, welche die großen Konflikte in der Berufsbildungsdiskussion zwischen

den Parteien und Interessengruppen hervorgerufen, denn die Anforderungen sind ja nicht so sehr unterschiedlich. Betrachtet man das bestehende Berufsbildungssystem und speziell die einzelnen Forderungen zur Änderung dieses Systems, so wird deutlich, was welche Gruppe tatsächlich von diesem Berufsbildungssystem erwartet. Hier wird jeder der einzelnen Gruppen Farbe bekennen müssen, denn mit der Aufstellung oder Kundtuation wohlklingender Forderungen ist es nicht getan.

Fortsetzung im nächsten Heft

Musisches



Musik = Flucht !

Untersuchungen haben ergeben, daß etwa 30% aller Jugendlichen 3-4 Stunden täglich, etwa 10% 5-6 Stunden und ebenfalls etwa 10% 6-8 Stunden Musik hören. Musikhören steht somit bei westdeutschen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren an oberster Stelle der Freizeitbeschäftigungen (Emnid-Institut). Die überaus lange Dauer des täglichen Musikhörens signalisiert geradezu eine Musiküberflutung, die sicherlich nicht in erster Linie das Nachdenken über Musik bewirkt, sondern massive Ablenkung vom Alltag. Das Bedürfnis nach Realitätsflucht hat, grob gesehen, folgende Teilaspekte, die besonders gut durch das Hören von Musik befriedigt werden:

1. Überwindung der Einsamkeit
2. Trostvermittlung
3. "Lebensbewältigung" durch Traum und Illusion

Jugendliche werden durch das passive Aufnehmen von Musik "eingelullt".



VOLKSMUSIK

Wenn man etwas über Volkslieder schreiben will, muß man erst mal feststellen, daß es Unterschiede zwischen herkömmlichen Volksliedern und politischen Liedern gibt. (Ein herkömmliches Volkslied ist z.B.: "Im Märzen der Bauern", ein politisches Lied ist dagegen

z.B.: "Trotz alledem...", ein Revolutionslied von Ferdinand Freiligrad, das 1848 entstanden ist.)

Während "herkömmliche Volkslieder" mit der Umwelt des Einzelnen wenig zu tun haben und wahrscheinlich auch deshalb ungern gesungen werden, fällt an den neuen "Volksliedern" auf, daß sie Bezug zur Situation des Einzelnen haben und daß man mit dem Inhalt des Liedes etwas anfangen kann. Manchmal werden sogar auf alte Melodien und Schallmeien neue Texte gereimt, wie z.B. bei Liedern gegen Atomkraftwerke:

"Wir sind uns einig in unserer Meinung,
 das KKW, KKW wird nicht gebaut,
 wir wollen hier leben und nicht nicht erlauben,
 daß Machtgier unsere Gesundheit raubt!!!"

Der politische Hintergrund der alten Volkslieder kann auch sehr oft noch auf die heutigen Probleme bezogen werden. Z.B.: das Lied "die Gedanken sind frei": Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten sie fliegen vorbei wie nächtliche Schatten kein Mensch kann sie wissen kein Jäger erschießen mit Pulver und Blei die Gedanken sind frei! Dieses Lied ist zwischen 1780 und 1800 in einem Schweizer Gefängnis entstanden und ist

Fundsache Wertfrei und neutral

BUNDESWEHR, noch notwendig ?

- WIE "GLEICHGEMICHTIG" IST DAS KRÄFTEVERHÄLTNISS ZWISCHEN OST UND WEST ?
- WELCHE ABSICHTEN VERFOLGEN DIE SOWJETS MIT IHRER RÜSTUNG ?
- ERSETZT ENTSPANNUNGSPOLITIK DIE VERTEIDIGUNGSPOLITIK ?

ANTWORT AUF DIESE FRAGE GIBT
 OBERLEUTNANT KULLAK, JUGENDOFFIZIER AUS UNNA,
 AM FREITAG, DEM 15. APRIL 1977, 20.00 UHR
 IM HOTEL BRACHT, FREIENOHLE.

DIE BEVÖLKERUNG IST HERZLICH EINGELADEN.

WIR LADEN EICH:  "MESCHEDER WOCHE"
 JUNGE UNION FREIENOHLE

Flugblatt der Jungen Union Meschede

bis heute populär geblieben, obwohl es immer wieder verboten wurde und durch bestimmte Testzusätze in anderen Strophen verharmlost werden sollte. Verbreitet wurde es auf Flugblättern in einer Zeit, in der die Restauration Europas alle demokratischen Ansätze niederschlug.

Das Lied kann aber auch noch in der heutigen Zeit gesungen werden, nicht nur aus Tradition, sondern weil man es auch sehr gut auf die heutige Zeit beziehen kann: Abhöraktionen, Berufsverbote!
Die alten Volkslieder befassen sich meistens mit:

- den Bauernkriegen im 16. Jahrhundert, man wendet sich gegen Leibeigenschaft, Ernteabgaben und Unterdrückung
- der Industrialisierung, Lieder gegen Anschaffung von Maschinen und gegen Rationalisierungen, die Armut und Hunger für die Bevölkerung bedeuten
- der Abschaffung des Adels in den Revolutionen 1820, 1830 und 1848.



Jeder von uns kann diese Volkslieder singen und sie als Mittel gegen Unterdrückung, Einschränkung der Freiheit oder Gefährdung der Gesundheit einsetzen. Die demokratische Tradition des Liedgutes ist leider nahezu verschüttet. Vor allem Jugendliche behaupten sehr oft, Volksmusik sei nicht "in". Sie haben wahrscheinlich die falschen Vorstellungen von der "alten" aber oft sehr guten Volksmu-

ES LEBE DIE FREIHEIT

ES LEBE DAS RECHT!

JUNGDEMOKRATEN

WEIL FREIHEIT MEHR ALS NUR EIN WORT IST



MUSIKHÖREN? JA! ABER MAL WAS GANZ ANDERES!!

sik.
Positiv zu bemerken ist, daß in der letzten Zeit einige Sänger und Gruppen die Volkslieder im wahrsten Sinne des Wortes ausgekramt haben. Zu nennen sind hier Hannes Waader, Walter Mossmann, Fiedel Michel usw.....

Der Plattentip

Unter dem Titel "Lieder der Freiheit" hat das liberale Zentrum Stuttgart eine Platte mit Freiheitsliedern der liberalen Revolution von 1848 herausgegeben. Feudalismus, Unterdrückung und Knechtschaft, wirtschaftliches Elend waren Ursache für den Aufstand des Bürgertums gegen den Adel und die Willkür des "Polizeistaates". Damals entwickelten sich klassische Begriffe des Rechtsstaates:

- Bindung aller Zweige der öffentlichen Gewalt an das Gesetz
- Gesetzgebung nur mit Zustimmung der Volksvertretung
- unabhängige Richter

Diesen Kampf gegen Adel und Tyrannei beschreiben die Texte der vierzehn Lieder, die auf der Platte von "Teddy und Mike" vorgestellt werden. Die Mitglieder des Duetts sind der Stuttgarter FDP-Bundestagskandidat Gernot von Baer und Michael Schmid. Die LP mit den leider immer noch - oder gerade wieder - aktuellen Freiheitslieder von 1848 kann man für 15,- DM beim Liberalen Zentrum in 7000 Stuttgart 1, Silberstr. 37, bestellen.

MIT KOMMUNISTEN ?

Juso-Chef Benneter stolperte über die Frage "Zusammenarbeit mit Kommunisten" und weil er dann auch noch die Kommunisten als politische Gegner, die CDU/GSU aber als Klassenfeinde bezeichnete, war er für die "Arbeiterpartei" SPD nicht mehr tragbar.

Ein Teil des Bundesvorstandes der Jungdemokraten trat zurück, weil er nicht mit einer Organisation (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) an der auch Kommunisten beteiligt sind, mitarbeiten wollte.

Für uns, Liberale Schüleraktion und Jungdemokraten, stellt sich täglich in der praktischen politischen Arbeit vor Ort die Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten.

In der SMV, im Hochschulbereich und der Jugendpolitik sind wir bereit mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, wenn es sich hier um ein gemeinsames Ziel, der Erweiterung des Freiheitsraumes für Schüler, Arbeiter und Studenten handelt.

Eine weitere Voraussetzung für die Zusammenarbeit ist, daß der Standpunkt der Jungdemokraten unverfälscht deutlich gemacht werden kann.

Praktische Beispiele sind hierfür die gemeinsamen Forderungen nach politischem Mandat im Schul- und Hochschulbereich,



bessere Ausbildung in Schule und Betrieb für Auszubildende (30% des Berufsschulunterrichtes fallen aus), Durchsetzung des KDV-Gesetzesentwurfes, Schluß mit den Berufsverboten, Abrüstung usw..

Eine Notwendigkeit zu einer Zusammenarbeit oder zu einem Bündnis mit Kommunisten ergibt sich immer dann, wenn eine Zusammenarbeit mit unseren natürlichen Bündnispartnern (Jusos, Gewerkschaftsjugend) nicht ausreichend erscheint. So ist es zum Beispiel notwendig, bei der Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung möglichst viele Gruppen zu beteiligen, um eine bessere Chance zur Durchsetzung zu bekommen.

Walter Hand - Cartoon
PARDONS START-CARTOON



„Bald haben wir die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite“

Als mögliche Bündnispartner bei den Kommunisten kommen folgende Gruppen in Frage: SDAJ, MSB, DKP

Eine Zusammenarbeit

mit den genannten Gruppen hindert uns aber nicht, Mißstände in den Ländern zu kritisieren in denen ihre Freunde das Sagen haben. Konkret ist an den Gruppen folgendes zu bemängeln: Zustimmung zur Ausweisung von Wolf Biermann; Atomkraftwerke werden im Westen abgelehnt, im Osten aber zur Verwirklichung des "Sozialismus" uneingeschränkt befürwortet; Akzeptieren Berufsverbote in der DDR, UBSH usw...; falsches Freiheits- und Demokratieverständnis; usw. Mit folgenden Gruppen aber ist eine Zusammenarbeit nicht möglich, da sie Gewalt befürworten und Gewaltanwendung zu ihrer politischen Strategie gehört, zu wahren: KBW, KID, KSV, KB Nord und Verfassungsschutz (inklusive SAVAK).

Auch die Junge Union und Schülerunion scheiden für uns als Bündnispartner aus, da sie nur dazu beitragen, Mißstände zu verschleiern und weil sie nicht in der Lage sind gesellschaftliche Strukturen kritisch zu hinterfragen.



„Seine Zulassung für den Kindergarten ist hin, Chef! Ich habe ihn bei der Ausübung seiner freiheitlich-demokratischen Grundrechte ertappt!“

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

STARTGELD

Unabhängig und frei-
mit uns sind Sie's schneller.



LBS-Beratungsstellen:

Arnsberg 1, Hauptstr. 52, Ruf 2 73 74
Arnsberg 2, Clemens-August-Str. 14-16, Ruf 46 95
Brilon, Königstr. 37/Ecke Bahnhofstr., Ruf 25 80
Marsberg, Hauptstr. 17, Ruf 26 83
Meschede, Ruhrstr. 21, Ruf 73 33
Schmallenberg, Weststr. 4, Ruf 14 83
Sundern, Hauptstr. 78, Ruf 40 11

Wir beraten Sie umfassend. Über alle Vorteile beim Bausparen. Über Prämien, Spargeschenke für Arbeitnehmer und Wehrpflichtige, die Sie vom Staat erhalten. Holen Sie sich sofort ausführliches Informationsmaterial

LBS Landes Bausparkasse
Bausparkasse der Sparkassen

Neues vom Jugendzentrum?

Jetzt Arbeitskreis für Arnsberger Jugendzentrum

Das Jugendzentrum-Karussell dreht sich fleißig weiter. Die Stadt Arnsberg hat einen Arbeitskreis für das Jugendzentrum gegründet, der sich nur aus Jugendlichen zusammensetzt - leider sind fast alle Jugendlichen in diesem Arbeitskreis politisch organisiert. Warum?

Vielleicht liegt es daran, daß viele Jugendliche die Auseinandersetzung um das Jugendzentrum für "politischen Klüngel" halten und übersehen, daß es in allererster Linie um ihre eigenen Interessen geht.

Häufig hört man mit einem Anflug von Resignation: "Es ist nichts los in Neheim-Hüsten". Nur jetzt, wo sich die Möglichkeit bietet, "etwas loszumachen", nämlich im Jugendzentrum, das einzig und allein für die Jugendlichen gebaut wird, ist Zurückhaltung die Regel. Engagement könnte ja mit Arbeit verbunden sein.

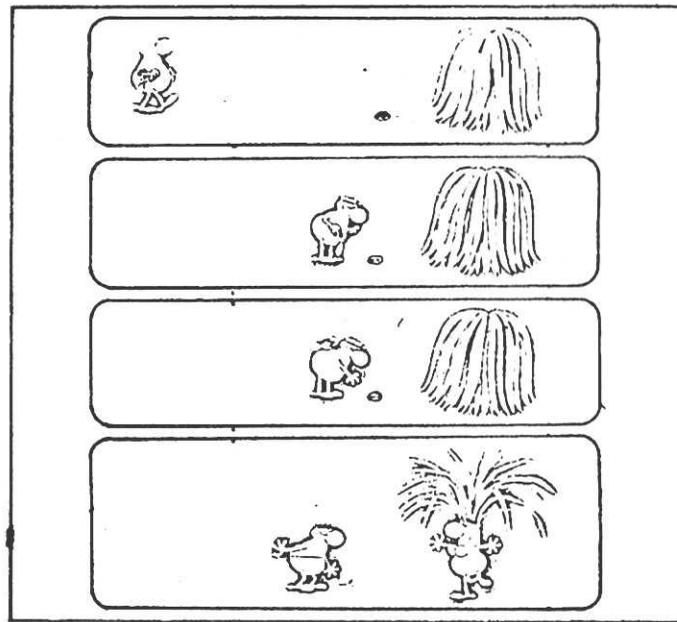
Wenn das Jugendzentrum fertiggestellt ist, werden dieselben Jugendlichen, die heute sagen: "ich will meine Ruhe haben", mal eben ins Jugendzentrum hereinschauen, mal nehen, "was los ist". Und dann darüber mörgeln, daß "alles mal wieder Sch... ist".

Kritik ist gut, konstruktive Kritik ist besser. Heute hat jeder die Möglichkeit, die Weichen mitzustellen, damit er morgen im Jugendzentrum seine eigenen Interessen verwirklichen kann. Wenn jeder aber nach dem Motto "ich allein kann ja doch nichts ändern" verfährt, muß man sich nicht wundern, wenn die eigenen Vorstellungen unberücksichtigt bleiben. Es hat aber jeder die Möglichkeit, mitzuarbeiten.

Demnächst wird eine "Jugendzentrum-Pete" am Berliner Platz in Neheim stattfinden.

Einzelheiten hierüber, auch über die Möglichkeit der Mitarbeit könnt Ihr über die Redaktion erfahren. Also: Tut mal was, überlaßt das Feld nicht allein den Jugendorganisationen. Gerade weil Nichtorganisierte in vielen Fällen wertfreier urteilen können, ist ihre Mitarbeit so wichtig!

*Euer
Wylly*



Was wirklich gegen Terroristen hilft

Wer oder was regiert den freiheitlich inspierten Rechtsstaat? Die geistigen und politischen Gesetze seiner inneren Räsone oder etwa die äußeren und inneren Herausforderungen der Terroristen? Sofern die Träger des Rechtsstaats - Bürger, Politiker und Beamte - wissen, daß man sogar aus gutem Willen zur Selbstver-

die Einsicht verbreiten könnte, daß sich der ebenso machtvolle wie empfindliche Rechtsstaat sogar unter dem Angriff von Terroristen letztlich doch nur selbst zur Unkenntlichkeit verändern kann, dann dürfte die Diskussion nicht so böseartig verlaufen, wie die jüngste Sicherheitsdebatte.

gehen. Weder kann man Freiheit und Sicherheit als prinzipiellen Gegensatz konstruieren noch darf man die Gefahr von Gesetzen übersehen, die weder Freiheit noch Sicherheit mit sich bringen. Diese Schlagworte dienen allzuoft nur dazu, Entscheidung auszustrahlen, wo der Gegner Schwäche bescheinigt.

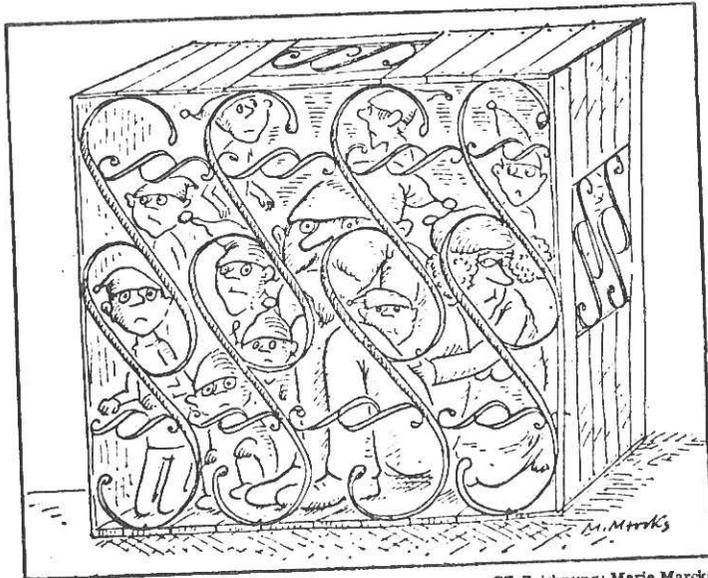
Die sterilen und gleichwohl giftigen Sicherheitsdebatten haben ihren Grund darin, daß der Kampf gegen die Terroristen immerzu Hand in Hand geht mit dem Kampf gegen die politische Partei auf der anderen Seite des Hauses - und darin, daß die parteipolitische Auseinandersetzung dabei in den Vordergrund rückt. Wie aber kann die moralische Isolierung der Terroristen und ihrer Sympathisanten tatsächlich gelingen, wenn zunächst der politische Gegner moralisch isoliert werden soll? Wer dem Terrorismus den geistigen Nährboden entziehen will, muß immer wieder in aller Schärfe auch die Grenze zwischen nonkonformistischer, ja radikaler politischer Kritik und dem politischen Verbrechen markieren. Wer aber immer wieder alles, was ihm politisch, sozial und intellektuell nicht paßt, zusammenwirft mit dem, worauf sich niemand

einlassen darf und worauf sich nur der Irrsinnige Verbrecher einläßt, der bringt sich selbst in den Verdacht, es gehe ihm zwar auch um die Abwehr des Terrorismus, aber eben nicht minder um die Abwertung des politischen Gegners - getreu der perfiden Gedankenkette: Terroristen, Radikale, Linksozialisten, Sozialdemokraten, Linkliberale...

Nur wenn man diese Gesetze der parteipolitischen Dynamisierung der Sicherheitsfrage durchschaut, wird man verstehen, weshalb sich die Auseinandersetzung geradezu zwangsläufig auf Fragen versteift, bei denen man von vorneherein weiß (und wohl auch einkalkuliert), daß man zu keiner gemeinsamen Antwort finden wird. Nur so kann man begreifen, weshalb man darüber diskutiert, was man mit den Terroristen tun soll, wenn man sie erst einmal gefangen hat, statt genauer zu überlegen, was man tun kann, um sie bald zu fangen. Und nur so kann man sich einen Heim darauf machen, weshalb die Opposition das Demonstrationsstrafrecht verschärfen will oder das bereits verschärfte Haftrecht immer noch kritisiert - beides Bereiche, die mit dem Terrorismus selbst nun wirklich nichts zu tun haben. (Gewalttätige Zusammenrottungen sind ohnehin keine Demonstrationen.)

Ist es politisch zu unergiebig und der polemischen Phantasie zu blaß, wenn man statt dessen fordert, fälschungssichere Ausweise und Kfz-Kennzeichen einzuführen - auch gegen den Widerstand der wirtschaftlich besorgten Schildermacher? Erscheint es aussichtslos und zudem im "Innenverhältnis" zu trocken, wenn man auf die engstirnigen Hindernisse in der internationalen Fahndung verweist? Hat sich der "Sicherheitsföderalismus" wirklich darauf versteift, daß das

Bundeskriminalamt Fahndungsbilder erst veröffentlichen darf, wenn es bei den Länderjustizbehörden gefragt hat - derweil die Mörder vielleicht über alle Berge sind? Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Sicherheitsorganen des Bundes läßt sich in vielleicht unscheinbaren, aber funktionell wichtigen Punkten durchaus noch verdichten. Es muß ja nicht sein, daß - wie geschehen - das Bundeskriminalamt den Atomwissenschaftler Traube polizeilich vernimmt,



Totale Sicherheit

SZ-Zeichnung: Marie Marcks

teidigung diese politische Lebensform derart verändern kann, daß sie unter der Hand ihr Gesicht verliert, dann ist zugleich klar, daß man das Gesetz des Handelns aus der Hand gäbe, falls man nach jedem weiteren Terroranschlag ein weiteres Gesetz beschließen wollte. Wenn sich aber erst einmal

Bei einer solchen Selbstbestimmung hilft freilich keine der von beiden Seiten geprägten Leerformeln substantiell weiter - weder der Ruf nach "kraftvollem Handeln" (H. Kohl) noch die Beschworung, das "Äußerste" (W. Maihofer) zu tun und bis an die "Grenzen des Rechtsstaats" (H. Schmidt) zu



Das Grundgesetz der BRD - von Wanzen ganz schön korrosion!

Aus „Eulenspiegel“

Zeichnung: Louis Roussel

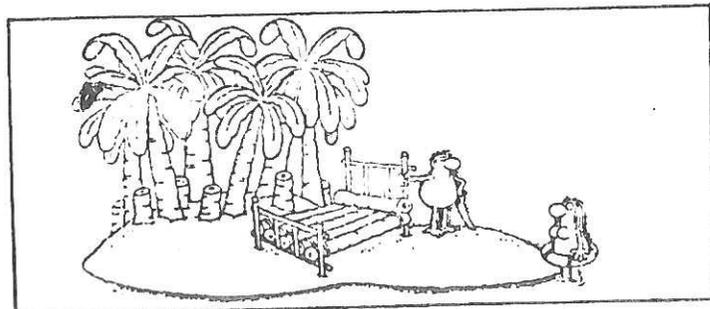
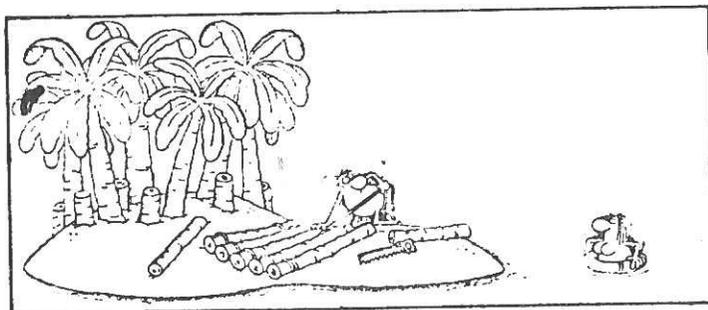
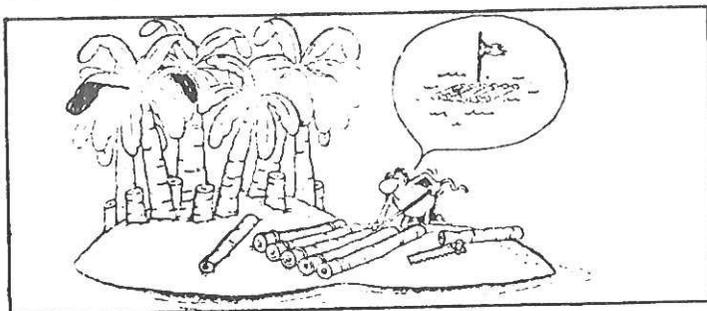
derweil der Verfassungsschutz auf höchst eigene Kappe seine kaputte Wanze installiert. Wäre Traube wirklich so gefährlich gewesen, dann wäre wohl mancher böse Vogel flugs aufgefliegen. Die Eigenmächtigkeiten der letzten Monate waren ja nicht nur rechtsstaatlich verfehlt, sondern auch polizeilich katastrophal desorganisiert.

In diesen Wochen ist manch hartes politische Urteil gefallen. Aber wenn die Sicherheitsexperten sagen, die aktuelle Auseinandersetzung gehe an den wichtigsten Fragen vollends vorbei, dann ist dies das härteste Urteil, das die Politiker erwarten können. Die Reaktion auf dramatische Verbrechen muß nicht unbedingt

dramatisch, aber immer funktional effektiv sein - auch wenn sie sich nicht sofort in politischer Münze bezahlt macht.

Robert Leicht

Aus „Süddeutsche Zeitung“



Homosexualität

Kriminell sind sie nicht mehr: Die Homosexuellen in unserer Gesellschaft. Der berüchtigte § 175 wurde vor einigen Jahren liberalisiert. Rechtlich gesehen dürften auch männliche Homosexuelle in unserer Gesellschaft nicht mehr benachteiligt werden.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: So werden Homosexuelle aus etlichen sozialen Berufen (z.B. Erzieher) ausgeschlossen, um nur ein besonders grovierendes Beispiel zu nennen. Insgesamt hat sich an ihrer Diskriminierung kaum etwas verändert. Nur das Etikett wurde gewechselt: Statt von Kriminellen spricht man nun von Kranken.

Krank bedeutet dann häufig auch gleich erbter Fehler. Womit dann wiederum die aus der Diagnose "krank" abzuleitende Forderung nach Behandlung abgewiesen wird. Auf die hier angeschnittene Problematik gehen wir nachher ausführlicher ein.



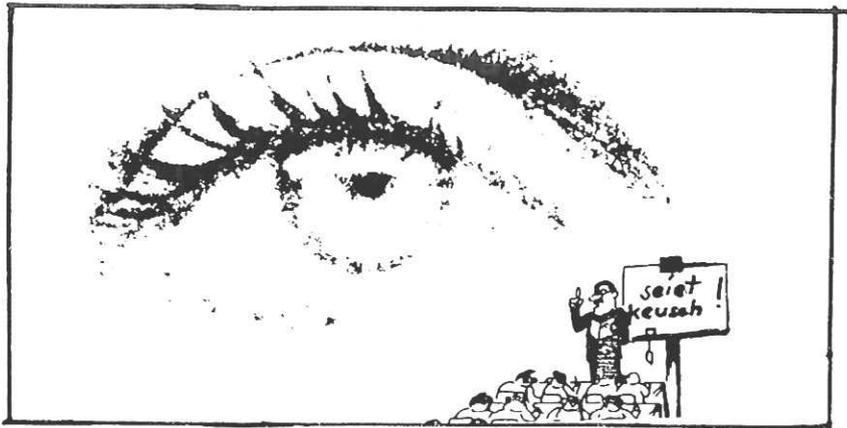
Zunächst muß festgehalten werden, daß es eine Kontroverse, ob Homosexualität angeboren oder erlernt ist, nicht geben kann. Viel zu eindeutig steht fest, daß soziale Faktoren eine gewaltige Rolle bei der Entstehung von Homosexualität spielen. (Die hohe Rate Homosexueller Kontakte in Internaten, Heimen, Gefängnissen und ähnlichen Institutionen macht dies deutlich). Die Frage könnte also höchstens lauten; ob konstitutionelle, also angeborene Faktoren, a u c h eine Rolle spielen.

Woher rührt nun die gesellschaftliche Ächtung, die die Homosexuellen erfahren? Eine Reihe von Punkten erscheint hier wichtig:

- * Zunächst dienen Minderheiten dazu, die Geschlossenheit einer Gesellschaft zu demonstrieren. Dann die gemeinsamen, moralischen und sonstigen Vorstellungen werden durch Konfrontation mit Minderheiten deutlich.
- * Einrichtungen wie die Familie werden durch Homosexualität in Frage gestellt.
- * Sexualität wird unabhängig von ihrer Fortpflanzungsfunktion gesehen. Dies widerspricht jeder kirchlichen Moralvorstellung.



Zu wenig Sex, was?



Diskutiert diese Fragen doch mal im Unterricht! Interessant dürfte hierbei auch die kulturelle Entwicklung sein. Es gibt schließlich hervorragende Überlieferungen über Homosexualität in der Antike. Aber auch die Verfolgung Homosexueller im 3. Reich kann in diesem Zusammenhang das Problem

Kaum eine Chance sich auszusprechen

Doch nun zu der individuellen Seite des Bereiches. Untersuchungen haben gezeigt, daß gerade im Schulalter Jugendliche mit solchen Problemen völlig allein stehen.

Da man bei seinen sexuellen Gefühlen sehr unsicher ist, das ganze Thema tabuisiert hat und man selbst abgestempelt werden kann, besteht kaum eine Chance darüber zu sprechen. Hierzu muß man wissen, daß es sich hierbei nicht um individuelle Probleme handelt, sondern daß ca. 30 % aller Jugendlichen irgendwann homosexuelle Gefühle entwickelt und z.T. auch Erfahrungen machen.

Was soll nun jemand machen, für den Homosexualität zum Problem geworden ist. Drei Ziele sind denkbar:

- die Homosexualität zu akzeptieren und damit klar zu kommen
- neben seinen homosexuellen Bedürfnissen heterosexuelle Bedürfnisse zu entwickeln

gut charakterisieren. Vielleicht könnt Ihr im Deutschunterricht über den Film "Jagdscenen aus Niederbayern" sprechen oder im Religionsunterricht die Stellung der Kirchen analysieren.

- die homosexuellen Bedürfnisse zu verlieren, um heterosexuell zu werden.

Allein ist es wohl kaum zu schaffen, eins dieser Ziele zu erreichen. Es ist schon ungeheuer schwierig, sich allein darüber klar zu werden, welches Ziel man überhaupt erreichen will. Die meisten Beratungsstellen werden das letzte Ziel ohne Diskussion vorgeben.

Man muß schon Glück haben, wenn man auf erfahrene Berater trifft, die einem dabei helfen, sich zwischen den drei Zielen zu entscheiden.

Falls man sicher ist, sich für das Ziel a) entschieden zu haben, sollte man Kontakt zu einer homosexuellen Gruppe suchen, die einem sicherlich helfen wird.



Öffentlicher Dienst

Wir stellen ein:
fähige

**Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher**



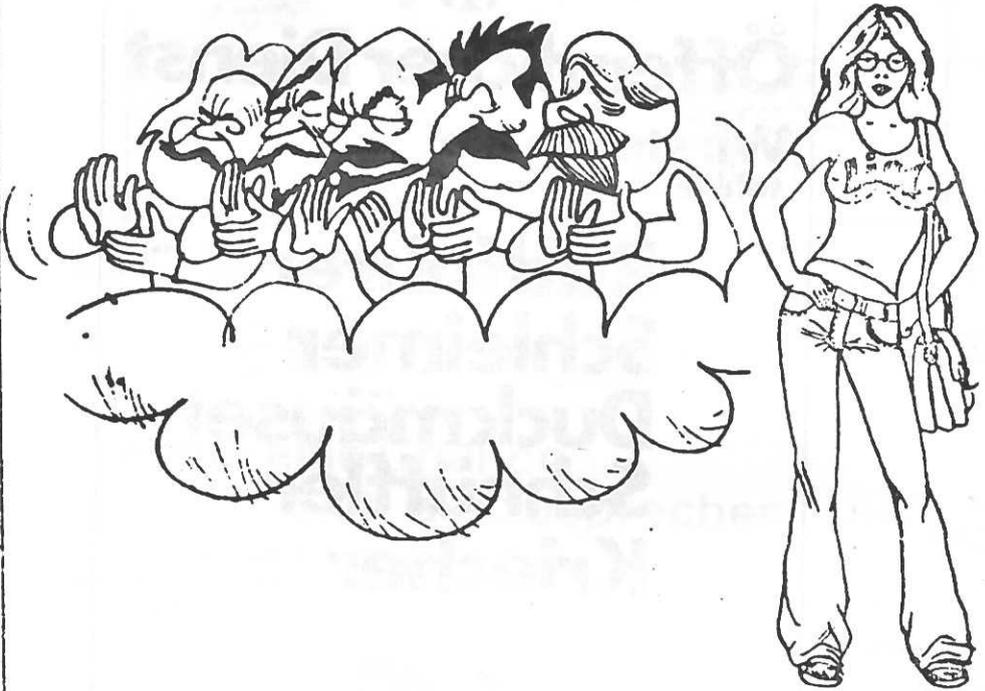
ERST ÜBERPRÜFEN-DANN TRETEN

Aktion Sauberer Staat(SS)

Die Kultusminister der Länder

LISA

Libérale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten



Achtung, Interessenten,

nebenstehenden Coupon ausschneiden, auf ausreichend frankierte Postkarte kleben, Gewünschtes ankreuzen (Absender nicht vergessen) und einsenden an

Kontaktadresse:

Jürgen Klein
Am Sonnenufer 7
5760 Arnsberg 1

Coupon:

- Ich möchte mitarbeiten
- Schickt mir Informationsmaterial
- Laßt mich in Ruhe!

Name

Vorname

Straße Nr.

PLZ Ort

LUPE

Zeitung für Jugendliche